

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 7.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— Mk., für einen Monat 8.— Mk. — Preis der Einzelnummer 40 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Insertatenpreise:** Die 7zeilige Kolonelleile oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorrat 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7zeilige Zeile 2.— Mk., Kellern-Kolonelleile 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer mittwochs 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Ein weiterer Reparationsplan. Richtlinien der Londoner Konferenz.

Der Londoner Berichterstatter der Frankfurter Zeitung berichtet über das Ergebnis der Londoner Konferenz und macht Angaben über das Resultat der Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand, die er auf Grund zuverlässiger Informationen erhalten habe. Er berichtet:

„Die beiden Premierminister einigten sich persönlich nicht nur in Bezug auf das Prinzip, daß die Reparationsfrage als ein Teil des europäischen Wirtschaftsproblems auf friedlichem Wege durch Vereinbarung mit Deutschland und innerhalb der Grenze seiner vernünftigen Zahlungsfähigkeit geregelt werden müsse, sondern es wurde vorbehaltlich der Zustimmung Italiens und Belgiens auch noch folgendes ins Auge gefaßt: Deutschland zahlt anstatt der festen Annuität von zwei Milliarden Goldmark pro 1922 nur 500 Millionen in bar in Raten bis zum 15. April. Hierin ist die Goldleistung für die Okkupationsarmee eingezeichnet. Außerdem haben Sachleistungen wie bisher zu erfolgen. Ferner ist das Wiesbadener Abkommen zu erfüllen, das England im wesentlichen genehmigen wird. Außerdem bleibt die 26prozentige Ausfuhrabgabe bestehen, die unter den Sachleistungen berücksichtigt werden soll. Für die Berechnung des Wertes der Sachleistungen wird ein neuer Wertmaßstab gelten. Innerhalb der genannten Grenzen, die die Verpflichtungen des gesamten kommenden Jahres regeln, ist die kritische Frage der Zahlungsfähigkeit eingeschlossen. Die Reihe würde somit unter zwei Voraussetzungen gelöst sein: 1. Die Vorbedingung ist, daß der Oberste Rat der ins Auge gefaßten Regelung zustimmt, wofür eine Einigung Frankreichs mit Belgien die Voraussetzung wäre. Bezüglich der Haltung der Pariser politischen Kreise wird die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen gehalten, daß Belgien über die Londoner Abrede hinwegwinkt. Aber trotzdem wird hier ein Rückschlag in das Okkupationsgebiet für ausgeschlossen gehalten. Ueberdies wird von den Franzosen zu beachten sein, daß Frankreich Sachleistungen und Bargeld gewinnen wird. 2. Die zweite wichtigere Voraussetzung ist, daß Deutschland im Verlauf sehr naher Zukunft sein Haus in Ordnung bringe, wofür die bereits bekannten Forderungen allein pfeifen werden, die zunächst eine administrative Einmischung vermeiden. Deutschland hat nach dieser kategorischen Auffassung die Möglichkeit, die gesamte Entschuldung durch energische Entschlüsse sicherzustellen, die binnen kürzester Frist zum mindesten programmatisch vorliegen müßten. Die Balancierung des ordentlichen Budgets, die Stilllegung der Rentenpresse und der Wegfall der Zuschußwirtschaft sind die wichtigsten unter den vorstehenden Reformforderungen.“

**Lloyd George in Cannes.**  
Paris, 28. Dezember. (M.) Lloyd George ist am Dienstagvormittag in Cannes eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich Churchill.

## Präsident Haverstein gegen einen Angriff in die Goldbestände.

Berlin, 28. Dezember. (Berl. Volkst.-Anz.) Im Laufe des gestrigen Dienstags fand in der Reichskasse eine Besprechung statt, in der wiederum das Reparationsproblem erörtert wurde. Auch in der Sitzung des Reichskabinetts, das am Abend zusammentrat, stand die gleiche Frage zur Besprechung. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

In Wirtschaftskreisen beurteilt man die Lage nach wie vor nicht sehr optimistisch. Man muß bestimmt damit rechnen, daß wir bis zum 15. Februar 500 Millionen Goldmark zu bezahlen haben. Daß man bereits der Frage nähergetreten ist, ob es nicht notwendig sei, den Goldbestand der Reichsbank anzugreifen, wurde schon mehrfach gemeldet; jedoch spricht sich Reichsbankpräsident Haverstein gegen eine derartige Maßnahme aus.

## Trostlose Lage der holländischen Industrie.

Amsterdam, 28. Dezember. (Deutsche Allg. Ztg.) Die Zentrale der Fabrikantenverbände der holländischen Industrie aller Gewerbe hat ein Telegramm an den Handelsminister gerichtet und diesen um dringende Maßnahmen gegen die Einfuhr von Waren aus Ländern mit ungünstiger Valuta ersucht. Die Verbände bezeichnen die Lage der holländischen Industrie als trostlos.

## Eine neue U-Bootformel.

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vossische Zeitung erfährt aus Washington: Nach Meldungen der Blätter soll die amerikanische Delegation eine neue U-Bootformel ausarbeiten, die den Bedenken Frankreichs und Japans teilweise Rechnung trägt. Sie sieht für Japan 36 000 Tonnen und für Frankreich und Italien je 35 000 Tonnen statt der bisher vorgesehenen 31 000 Tonnen vor, hält dagegen für die amerikanische und englische Tonnage an der Höchstzahl von 60 000 fest.

## Die Ziele der tschechoslowakischen Politik.

Berlin, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In der Weihnachtsnummer des „Eas“ spricht Ministerpräsident Dr. Beneš über die Ziele der tschechoslowakischen Innen- und Außenpolitik. Er sagt, unsere Außenpolitik muß sich in folgender Richtung bewegen. Die kleine Entente, die ganz Mitteleuropa umfaßt, muß auch wirtschaftlich ausgebaut werden, nachdem sie politisch bereits gesichert ist. Dieses demokratisch ausgebaute Mitteleuropa wird eine feste und sichere Position gegen alle politischen und wirtschaftlichen Ereignisse sein, die sich in Deutschland und Rußland

abspielen. Deshalb muß unser ganzes Augenmerk auf folgende zwei Ziele konzentriert sein. Erstens auf den Aufbau Zentral-europas in wirtschaftlicher Beziehung in der Weise, daß unsere Selbständigkeit und Souveränität in keiner Weise berührt werden und daß wir im Sinne unserer Konstruktionspolitik mit allen denen zusammenarbeiten können, mit denen uns unser wirtschaftliches Interesse verbindet. Zweitens auf die Sicherung vor den möglichen wirtschaftlichen Katastrophen, die die Ereignisse in Deutschland und Rußland uns in den Weg legen könnten. Zur Innenpolitik übergehend, schreibt Dr. Beneš: Wir müssen offen sagen, daß unsere Innenpolitik sich bisher bemüht und planmäßig konstruktiv gezeigt hat. Die erste Bedingung für eine konstruktive Innenpolitik ist eine definitive Wirtschaftsgrundlage des Staates zu schaffen. Praktisch heißt das, vor allem dem Staate durch eine geschickte Außenhandelspolitik eine dauernd aktive Bilanz und wirtschaftliche Expansion zu sichern. Unsere Handelsbilanz weist im vorigen Geschäftsjahr ein Aktivum von über 3 Milliarden auf. Der Ministerpräsident spricht sich dann über das Verhältnis zu den Deutschen in der tschechoslowakischen Republik aus. Diese Frage, so schreibt er, ist die dringlichste aller Fragen unserer Politik. In der letzten Zeit ist nach anfänglicher Selbstständigkeit des nationalen Kampfes eine gewisse Beruhigung eingetreten. Besonders im deutschen Lager ist eine Wendung bemerkbar, die aus Kundgebungen einzelner deutscher Politiker und aus den Bekenntnissen parlamentarischer Opposition ersichtlich ist. Eines ist sicher, wir werden zu gemeinsamen Arbeiten und zu einem Einvernehmen kommen.

## Neuregelung der deutsch-polnischen Beziehungen.

DA. Königshütte, 27. Dezember.  
Der Vertreter der Dena hatte eine Unterredung mit dem polnischen Bevollmächtigten für die obereschlesischen Verhandlungen, Minister Dłazowski. Eingehend äußerte sich der Minister über die Lebensmittelfrage und über ein zukünftiges deutsch-polnisches Gesamtabkommen. Er wies auf den Gegensatz zwischen der deutschen und polnischen Auffassung über die Bedeutung des Wortes der Genfer Entscheidung „natürliche Erzeugnisse“, die 15 Jahre lang von Deutschland zollfrei nach Polen-Schlesien zu exportieren sind. Würde der Schiedsspruch zugunsten Deutschlands ausfallen, so würde für die polnische werdende obereschlesische Bevölkerung die Milch- und Fleischbelieferung ausfallen. Ueber ein künftiges deutsch-polnisches Gesamtabkommen sagte der Minister wörtlich: Nach den Verhandlungen über die Genfer Entscheidung werden große Verhandlungen zwischen der polnischen und deutschen Regierung einleiten, um die gesamten Verhältnisse auf eine normale Stufe zu stellen. Vorarbeiten zu diesen Verhandlungen sind schon eingeleitet. Das Programm ist schon festgelegt und man ist sich darüber zwischen Deutschland und Polen bereits einig. Das Programm zählt nicht weniger als 23 Probleme auf, die es zwischen Deutschland und Polen zu lösen gilt. Es sind nicht nur Probleme wirtschaftlicher Art. Diese Verhandlungen werden zwischen Berlin und Warschau geführt ohne Beteiligung eines neutralen Schiedsrichters. Wir hoffen, daß diese Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis haben und das Gesamtverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der polnischen Republik ordnen werden.

## Die bisherigen Ergebnisse der Oberschlesien-Verhandlungen.

Warschau, 27. Dezember. (OE.) Aus den Kreisen der polnischen Oberschlesien-Kommission wird ein vermutlich vom Kommissionsvorsitzenden Dłazowski stammender Rückblick auf die bisherigen Ergebnisse der Oberschlesien-Verhandlungen der Presse zugänglich gemacht. In der Kohlenfrage herrsche volle Einigkeit; deutschseits würden keine Garantien für ein bestimmtes Kontingent für Kohlen gefordert. Auch in der Valutafolge sei ein deutsches Entgegenkommen zu verzeichnen, da das Geleß über die Kapitalflucht für nach Polnisch-Oberschlesien ausgeführtes deutsches Geld gemildert werden soll.

## Wie mit Unterstützungsgeldern gewirtschaftet wird.

München, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Von amerikanischen Kommunisten wurden, wie wir schon gestern meldeten, 20 000 Mark für die bayerischen Arbeiterrepubliken in der Festung Niederbühlenefeld gespendet. Der Münchner kommunistische Stadtrat Weigel hatte die Verteilung der Gelder übernommen. Hierbei sind Unregelmäßigkeiten vorgekommen, wie folgender Beschluß eines Untersuchungsausschusses der KPD. München zeigt: „Der Untersuchungsausschuss ist nach Prüfung des gegen Genossen Weigel vorliegenden Materials zu der Anschauung gekommen, daß der Genosse Weigel dringend verdächtig sei, zugunsten ihm persönlich nahestehender Personen versucht zu haben, die Spende der amerikanischen Genossen ganz oder teilweise zu sich zu nehmen, um sie nach eigenem Gutdünken zu verteilen.“ Die Untersuchungskommission beschließt analog dem Beschluß der Bezirksleitung: der Genosse Weigel hat bis zur vollen Klärung der Angelegenheit jede Funktion innerhalb der Partei niederzulegen, sowie einen Mandat als Stadtrat vorerst nicht auszuüben.“ Allem Anschein nach handelt es sich um den Fall Weigel, auf den wir bereits in gestriger Nummer hingewiesen haben.

## Die Not der Kleinrentner.

Von Aug. Karsten-Weine

Die wirtschaftlichen Folgen des völkermordenden Krieges ziehen immer weitere Kreise ins Elend herab. Nicht nur die Arbeiterklasse und die Sozialrentner leiden heute Not und darben in erschreckender Weise, sondern auch aus den Kreisen des bisherigen Mittelstandes lösen sich immer größer werdende Schichten los und verfallen dem Hunger und der wirtschaftlichen Sorge.

Der sogenannte Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, von dem so viel geredet und geschrieben wird, bereichert die Großkapitalisten, Konjunkturgewinner, Schieber und Wucherer, aber fast alle übrigen Schichten der Bevölkerung haben vom ganzen Wiederaufbau bis zum heutigen Tage noch weiter nichts zu verspüren bekommen, als eine immer größer werdende Differenz zwischen ihren Einkommen und den Preisen für die Kosten der Lebenshaltung.

Mit der ganzen erdrückenden Schwere senkt sich täglich mehr die Wirtschaftsnot auf den Kreis der Kleinrentner. Der biedere Metzgermeister und der behäbige Bäckermeister, die vor dem Kriege aus ihren Geschäften einige Zehntausende oder auch mehr erübrigten, haben ihre Geschäfte an den „Nagel hängen“, das Geld auf die Sparfasse oder eine Bank gelegt, mit Vorsicht auch Reichs-, Staats- oder Kommunalpapiere tauschen und während des Krieges fünfprozentige Kriegsanleihen erworben, von deren Zinsen sie ihren Lebensunterhalt zu bestreiten gedachten, jene Leute können heute, mit ihren drei-, vier- oder fünftausend Mark, oder wenn es hoch kommt, zehntausend Mark Zinsen keineswegs mehr auskommen. Sie müssen notwendigerweise von ihrem Kapital zehren. Jede Kapitalverminderung aber schmälert die Zinssumme und der Zeitpunkt rückt immer näher, an dem kein Kapital mehr vorhanden sein wird. Bei vielen wird bereits das Kapital aufgebraucht sein und diese Leute stehen vor dem vollständigen Nichts.

So weit es sich dabei um arbeitsfähige Personen handelt, schadet für uns die Kleinrentnerfrage aus. Sie sollen arbeiten und sich ihren Lebensunterhalt verdienen. Nicht verkennen dürfen wir indes, daß eine sehr erhebliche Zahl von Kleinrentnern arbeitsunfähig ist. In der Regel waren diese Leute schon im gereiften Alter, als sie sich zur „Ruhe“ setzten, oft hat auch die Frau nach dem Tode ihres Mannes das Geschäft aufgegeben, um von den Zinsen der Ersparnisse ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Kurzum, wir finden weite Kreise im Lager der Kleinrentner, die arbeitsunfähig sind und aus eigenen Mitteln nicht mehr durchhalten können. Wie groß die Zahl dieser Personen heute ist, wird schwer festzustellen sein, einige Hunderttausende werden sicherlich in Frage kommen.

Die Kleinrentner haben heute, genau so wie die Sozialrentner, ihre Organisation. Die Not und die Unsicherheit ihrer ferneren Existenz hat sie zusammengeschlossen. Und im gleichen Maße, wie die Sozialrentnerorganisation, der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands, versucht der Rentnerbund durch Einwirken auf Kommunen, Länder und Reich Hilfe für seine Kreise zu erhalten. Von den Kommunen verlangt man neben Unterstützung billiger Lebensmittel und Bedarfsartikel, vom Reich Steuerermäßigung oder Befreiung von denselben und laufende Unterstüßungen je nach der Höhe des Einkommens. In vielen Gemeinden wird heute bereits der Kleinrentner unterstützt. Das Reichsarbeitsministerium hat sich 100 Millionen Mark vom Reichstage bewilligen lassen, um eine Hilfsaktion für die Kleinrentner einzuleiten. Die Gelder sollen auf die Kommunen verteilt werden und letztere sowie die Länder müssen sich verpflichten, die gleichen Summen bereitzustellen, die das Reich ihnen gibt.

Unsere Genossen im Reichstage haben der Bewilligung der 100 Millionen zugestimmt. Damit soll aber nicht gelagt sein, daß wir uns ohne weiteres der Auffassung des Arbeitsministers anschließen und die Art des Vorgehens des Arbeitsministers billigen. Durch die Bewilligung haben unsere Genossen lediglich im Prinzip anerkannt, daß auch sie der Not in den Kreisen der Kleinrentner steuern wollen. Ueber die Wege zur Beseitigung der Not, dürften die Auffassungen sehr weit auseinandergehen.

Unsere Forderung auf Schaffung eines Reichsfürsorgegesetzes muß gerade bei dieser Gelegenheit erneut sehr scharf betont werden. Das Reichsfürsorgegesetz muß geschaffen werden, damit endlich das traurige Kapitel der mittelalterlichen Armenpfllege geschlossen werden kann. Dieses Spiegleinlaufen der armen Leute durch die Armenpflege ist das traurigste Kapitel der deutschen Sozialpolitik. Es entehrt und schändet den Armen in den Augen der herrschenden Gesellschaftsauffassung, es macht das Armsein zu einer Schande für die Armen. Die Reichsfürsorge muß das Recht auf Unterstützung und Hilfe anerkennen und den Armen vom Markte des Armseins befreien. Anläß der Reichsfürsorge sind bereits gegeben in der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, sowie in der Invalidenversicherung, wenn auch namentlich auf letzterem Gebiete Versicherung und Fürsorge in unhaltbarer Weise miteinander verflochten sind. Anläß sind also bereits vorhanden und unsere Forderungen müssen darauf gerichtet